

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

an dem Wettbewerb „erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien Kommunaler Integrationspolitik“ haben sich über 100 Kommunen beteiligt. Die hohe Zahl der Bewerbungen zeigt, dass das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten mittlerweile ein zentraler Bestandteil kommunaler Politik ist.

Der Blick auf Migration und Integration hat sich –nicht erst seit dem Bericht der Zuwandererkommission- verändert.

Integration ist ein komplexer und vielschichtiger gesamtgesellschaftlicher Prozess. Integration umfasst ein ganzes Bündel von Zielen und Fragen. Es geht um die Teilhabe der Migranten am ökonomischen und sozialen Leben, um Bildungschancen und Sprachkompetenz.. Es geht aber auch um Differenzen, Distanzen und Konflikte zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen ethnischen Minderheitengesellschaften.

In Göttingen leben Menschen aus mehr als 120 Herkunftsländern und unterschiedlichen Kulturen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung beträgt 10 Prozent. Also sind von den rund 130.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mehr als 13.000 Migrantinnen und Migranten. Der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher, da in dieser Statistik die Anzahl der Aussiedler und die Eingebürgerten nicht berücksichtigt sind.

Teilweise sind die Migrantinnen und Migranten sehr gut integriert, leben seit mehr als 40 Jahren und bereits in der dritten und vierten Generation hier; haben beruflich Fuß gefasst; haben gute Kontakte zu Freunden, Nachbarn, engagieren sich in Vereinen und Verbänden etc.

Betrachtet man die Statistiken aber genauer, stellt man fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind: so sind in Göttingen mehr als doppelt so viele Ausländer arbeitslos wie im Durchschnitt der Bevölkerung. Die Sozialhilfequote ist häufig sogar dreimal so hoch wie unter den Sozialhilfeempfängern insgesamt. Die verschiedenen Armutsberichte haben eindrücklich belegt, dass Migrantenfamilien erheblich und überdurchschnittlich von sozialer Desintegration bedroht sind.

Gravierend ist auch der Anteil der ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss mit den in der Folge geringen Chancen zur beruflichen Integration.

Vor dem Hintergrund der verschärften Zugangsbedingungen an Schulen wird der unterschiedliche Besuch von Kindertageseinrichtungen zukünftig noch bedeutsamere Voraussetzung sein für künftigen Schulerfolg an Grundschulen und für den Besuch weiterführender Schulen.

Diese Daten zeigen deutlich den bestehenden Handlungsdruck und sollten Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Integrationspolitik auf kommunaler Ebene sein.

Die Kommunen nehmen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten eine zentrale Rolle ein. Integrationsleistungen werden in vielen unterschiedlichen Bereichen, z.B. Bildung, Ausbildung, Sprachförderung, soziale Leistungen, Wohn- und Lebensumfeld erbracht. Dies ist auch in Göttingen der Fall. Es existieren viele Projekte und Angebote für Migrantinnen und Migranten. Ebenso zahlreich wie die Projekte sind auch ihre jeweiligen Träger. In der Vergangenheit und zum Teil bis heute stehen diese Projekte zusammenhanglos nebeneinander. Doppelte Arbeit und Reibungsverluste sind so unvermeidbar. Mit der Gründung des Netzwerkes Migration vor knapp anderthalb Jahren wurde ein erster Schritt zur Bündelung der Ressourcen durch vernetztes Arbeiten geschaffen. Das vom Netzwerk herausgegebene

Handbuch gibt erstmals einen Überblick über die in Göttingen bestehenden Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote verschiedener Einrichtungen. Gleichwohl haben sich hieran nur gut die Hälfte der 50 im Netzwerk vertretenen Organisationen beteiligt. Zu stark sind häufig immer noch die gegenseitigen Vorbehalte, Ängste und Konkurrenzen der unterschiedlichen Trägereinrichtungen.

Die geringe Transparenz und Zusammenarbeit in der Migrationsarbeit hat zum Teil aber auch historische Ursachen, da mit jeder Phase der Zuwanderung in den letzten Jahren (Arbeitsmigranten, Flüchtlinge, Aussiedler) separate Politikfelder mit einer jeweils eigenen Angebotsstruktur aufgebaut wurden.

Hierzu zählt sowohl die vertikale Aufteilung von Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen als auch horizontal zwischen den verschiedenen Fachressorts (Soziales, Inneres). Erschwert wird die Situation noch durch den jeweils unterschiedlichen Rechtsstatus, der den einzelnen Migrantengruppen aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Grundlagen zugewiesen wurde. Dies erschwert eine ganzheitliche Betreuung und Betrachtung.

Auf kommunaler Ebene ist aber Integrationsarbeit "unteilbar". Sie entfaltet erst dann ihre Wirkungen, wenn ganzheitlich, d.h. unter Einbezug aller relevanter Lebensbereiche mit den Migrantinnen und Migranten und der deutschen Bevölkerung gearbeitet wird.

Für eine erfolgreiche Integrationspolitik auf kommunaler Ebene gibt es inzwischen vielversprechende Ansätze in zahlreichen Städten, allen voran die Stadt Essen, die bereits vor mehreren Jahren ihr interkulturelles Handlungskonzept auf einer Veranstaltung der Verwaltung in Göttingen vorgestellt hat, aber viele andere Städte, wie Braunschweig, Solingen, Vlotho, Osnabrück, Offenbach, Münster usw. haben mittlerweile verschiedene Handlungsansätze entwickelt. Bei allen kommunalen Praxisbeispielen und Handlungsansätzen, aber auch entsprechenden Expertendiskussionen wurde deutlich, dass Integration ein Querschnittsthema kommunaler Politik sein muss und zwei Voraussetzungen für das Gelingen kommunaler Integrationspolitik zentral sind: die Beteiligung der Migrantengruppen und die Vernetzung der verschiedenen Akteure und Einrichtungen.

In diesem Sinne begrüßen wir es sehr, wenn die Stadt Göttingen sich dieser sicherlich schwierigen und langwierigen, aber auch sehr spannende und interessante Aufgabe annimmt und eine zielgerichtete interkulturellen Integrationspolitik entwickelt und umsetzt. Wir bitten Sie daher sehr, den vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu unterstützen.